



Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 74 602
Fax: (030) 227 76 622
E-Mail: angelika.brunkhorst@bundestag.de

Wahlkreis
Sonnenstraße 1
27793 Wildeshausen
Tel: (04431) 93 17 04
Fax: (04431) 93 17 05
E-Mail: angelika.brunkhorst@wk.bundestag.de

www.angelika-brunkhorst.de

Angelika Brunkhorst
Mitglied des Deutschen Bundestages
Obfrau der FDP-Bundestagsfraktion im Ausschuss
für Umwelt, Naturschutz & Reaktorsicherheit

Berlin, 29. Mai 2008

Rede im Deutschen Bundestag

TOP 26neu: (Drs. 16/9077 und 16/9078)

Datum: 29. Mai 2008

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die FDP-Bundestagsfraktion kritisiert die heute debattierten Gesetzentwürfe der Bundesregierung in Teilen, stimmt ihnen in der Summe aber zu.

Die deutliche Erhöhung der Haftungshöchstsummen für alle Beteiligten, für die Betreiber kerntechnischer Anlagen, die einzelnen Vertragsstaaten sowie für die Gemeinschaft der Vertragsstaaten, begrüßen wir ausdrücklich.

Ebenso begrüßen wir, dass die betroffenen Bürger im Fall eines nuklearen Ereignisses umfassender entschädigt werden, insbesondere auch dann, wenn die fragliche Anlage im benachbarten Ausland liegt.

Wir schließen uns allerdings der Kritik des Bundesrates an, die die Bundesregierung zurückgewiesen hat: Der Bundesrat hatte der Bundesregierung empfohlen, die Artikel 3 und 4 und in der Folge davon Artikel 5 Absatz 2 zu streichen. Damit hat sich der Bundesrat dagegen ausgesprochen, das Bundesamt für Strahlenschutz in die Lage zu versetzen, künftig auch von Bund, Ländern, Gemeinden und bestimmten juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie von gemeinnützigen Forschungseinrichtungen Gebühren zu erheben.

Die Bundesregierung ist dieser Empfehlung bedauerlicherweise nicht gefolgt.



Angelika Brunkhorst
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 29. Mai 2008

Meine Damen und Herren, wir reden hier über Einnahmen von etwa 350.000 Euro pro Jahr. Dieses Geld soll nun also den kerntechnischen Forschungseinrichtungen weggenommen und an das Bundesamt für Strahlenschutz überwiesen werden. Unsere – sowieso schon chronisch unterfinanzierten – Forschungseinrichtungen benötigen dieses Geld dringend, um ihre internationalen hohen Standards zu halten.

Die Bundesregierung bringt hier in einem Artikelgesetz, das eigentlich nur der Umsetzung internationaler Abkommen dient, eine Regelung unter, die die nuklearen Forschungseinrichtungen belastet. Das hat mit dem eigentlichen Anlass des Gesetzes nichts zu tun, sondern ist eine reine Schikane, als deren Hintergrundmotiv man getrost die allgemeine Feindseeligkeit der Bundesregierung gegenüber der Kernenergie unterstellen darf.

Wie verträgt sich dieser Winkelzug eigentlich mit den Beteuerungen aus dem für Forschung zuständigen Ministerium? Gerade mal ein paar Wochen ist es her, dass der im BMBF zuständige Staatssekretär Meyer-Krahmer sich öffentlich damit gebrüstet hat, steigende Fördermittel würden dafür sorgen, dass Arbeiten zur Strahlenforschung und zur nuklearen Sicherheitsforschung weitergehen, und dass die Kompetenz im Bereich nukleare Sicherheit in Deutschland erhalten bleibt. Und nun das. Sie führen die Menschen hinters Licht und glauben allen Ernstes, die Menschen würden es nicht merken. Die FDP wird zu derartigen Mätzchen jedenfalls nicht schweigen, meine Damen und Herren, auch wenn dies natürlich nicht Grund genug ist, um so wichtige Gesetze abzulehnen.

Ein Verstoß gegen die „gesetzgeberische Hygiene“ ist es aber dennoch. Mätzchen, die – wie gesagt – absolut nichts mit dem eigentlichen Anlass des Gesetzes zu tun haben.

Deutschland darf seine Führungsrolle in der kerntechnischen Forschung nicht durch bisher unübliche Zusatzbelastungen behindern – im Sinne der Sicherheit vorhandener und künftiger Anlagen, der Nichtverbreitung, der Behandlung radioaktiver Abfälle und der Stilllegung ausgedienter kerntechnischer Anlagen.

Dass die Bundesregierung mit den hier debattierten Gesetzentwürfen unter anderem auch kerntechnischen Forschungseinrichtungen finanziell das Leben schwerer machen will, wundert allerdings nicht. Es passt vielmehr zum sozialdemokratischen



Angelika Brunkhorst
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 29. Mai 2008

Starrsinn und zum Stillschweigen der CDU/CSU bezüglich der Kernenergie. Wie erbärmlich, meine Damen und Herren Kollegen von der Union, wie erbärmlich und unehrlich!

Aus europäischer Sicht verheißt die heutige deutsche Haltung nichts Gutes. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb am 19. Mai 2008: „Wie ein Spaltpilz wirkt in der [deutsch-französischen] Energiepolitik der von der rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Schröder beschlossene „Atomausstieg“ nach.“ Leider hat sie damit vollkommen Recht.

Die FDP-Bundestagsfraktion kritisiert die vorgelegten Gesetzentwürfe in Teilen, befürwortet aber die Umsetzung internationaler Abkommen auf nationaler Ebene. Wir stimmen den Gesetzentwürfen der Bundesregierung daher zu.